



Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns

Landesgeschäftsstelle
Gostenhofer Hauptstr. 63
90443 Nürnberg

Tel.: (0911) 92 31 89-90

Fax: (0911) 92 31 89-92

Email: agaby@web.de

Internet: www.agaby.de

Herrn Dr. Günther Beckstein
Bayerisches Staatsministerium des Innern
Odeonsplatz 3
80539 München

Nürnberg, 19. Juli 2007

Offener Brief an den designierten bayerischen Ministerpräsidenten Herrn Dr. Beckstein: Bayern muss international bleiben!

AGABY fordert: Bayerische Universitäten brauchen eine gemeinsame Lösung für ausländische Studierende aus Nicht-EU-Ländern – Weg mit den Studiengebühren

Sehr geehrter Herr Dr. Beckstein,

fast ein Drittel aller ausländischen Studierenden an bayerischen Universitäten kommt aus sogenannten Schwellen- und Entwicklungsländern. Die allermeisten von ihnen haben ihr Studium in Bayern zu einem Zeitpunkt begonnen, zu dem von einer Einführung von Studiengebühren keine Rede war – im Gegenteil, vielfach wurde in diesen Ländern Werbung für ein gebührenfreies Studium in Deutschland gemacht. Viele dieser Studierenden haben aufgrund der ausländerrechtlichen Bestimmungen und aufgrund der fehlenden finanziellen Mittel ihrer Eltern keine Möglichkeiten, die zusätzlichen 1000 € pro Jahr aufzubringen. Die Konsequenz daraus lautet: Diese Studierenden werden ihr Studium in Bayern nicht beenden! Kann und darf das ein Ziel bayerischer Politik sein? Seit Bekanntwerden des Problems vor über einem Jahr schieben sich Politik und Universitätsleitungen in einem schwer erträglichen Spiel gegenseitig den schwarzen Peter zu. Erste Prozesse an verschiedenen Hochschulstandorten stehen bevor oder sind bereits durch außergerichtliche Einigungen vermieden worden.

Dabei könnte alles so einfach sein und mit einem Federstrich könnten alle diesbezüglichen Fragen gelöst werden. Unser Nachbarland Baden-Württemberg hat allen Studierenden aus Nicht-EU-Ländern durch die Verankerung eines gesetzlichen Vertrauensschutzes die Angst genommen, ihr Studium in Deutschland nicht mehr beenden zu können. Alle Studierenden, die bis Dezember 2005 bereits immatrikuliert waren und keinen Anspruch auf Darlehensgewährung haben, können ihr Studium innerhalb der Dauer der Regelstudienzeit zuzüglich vier weiterer Hochschulsemester abschließen, ohne der Gebührenpflicht zu unterliegen. Diese Lösung muss auch für Bayern möglich sein!

Wir bitten Sie daher, Herr Dr. Beckstein, den von vielen erhofften Wechsel des Politikstils in Bayern an diesem konkreten Fall zu demonstrieren und auf die vernünftige und großzügige Linie unseres Nachbarlandes Baden-Württemberg einzuschwenken. Gerade in der Hochschulpolitik dürfen die entwicklungspolitischen Kriterien nicht einfach geopfert werden!

Darüber hinaus fordern wir Selbstverpflichtungen von den Hochschulen, um eine bessere Integration und Unterstützung ausländischer Studierender zu ermöglichen. Durchdachte Lösungen sind jetzt gefragt. Unterstützt werden soll dieser Umbau durch Richtlinien der Landesregierung und durch die Schaffung weiterer Fördermöglichkeiten.



Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Bayerns

Landesgeschäftsstelle
Gostenhofer Hauptstr. 63
90443 Nürnberg

Tel.: (0911) 92 31 89-90

Fax: (0911) 92 31 89-92

Email: agaby@web.de

Internet: www.agaby.de

Weiterhin sollen die bereits bestehenden Befreiungstatbestände ausgedehnt und Ermessensspielräume zugunsten der Antragsteller ausgeschöpft werden.

So werden Bedingungen geschaffen, Fachleute zu produzieren. Wir brauchen diese Menschen, die gut ausgebildet sind, Deutsch sprechen und gezeigt haben, dass sie etwas auf die Beine stellen können.

Ausländische Studierende, die in ihre Heimat zurückkehren und von Deutschland überzeugt sind, können dort unser internationaler Wettbewerbsvorsprung von morgen werden.

Desweiteren haben wir als AGABY den Auftrag, auch ein besonderes Augenmerk auf die Kinder unserer nichtdeutschen Mitbürger zu werfen.

Wissen Sie eigentlich wer an unseren Hochschulen studiert?

Wenn wir nach sozialen Herkunftsgruppen differenzieren, so kommen aus den oberen sozialen Schichten 81 von 100 Kindern. Aus den unteren sozialen Schichten sind es gerade einmal 11 Kinder. Wenn wir auf den Migrationshintergrund achten, stellen wir fest, dass 17 % der Deutschen im Alter zwischen 20 und 25 Jahren studieren, während es nur knapp 4 % der in Deutschland lebenden Ausländer und Ausländerinnen sind, die es überhaupt an eine Universität schaffen.

Gibt es Hoffnung diese Situation zu entschärfen?

Der Zugang zu Bildung ist in einem hoch entwickelten Land wie Deutschland zu einer entscheidenden Zukunftsfrage geworden – für jede und jeden Einzelnen und auch für die Gesellschaft insgesamt. Ein Land, dessen Wirtschaftskraft und Fähigkeit mit neuen Herausforderungen fertig zu werden so stark von den Ideen und der Kompetenz seiner Bürgerinnen und Bürger abhängt, muss Bildung, Wissenschaft und Forschung besondere Aufmerksamkeit widmen. Es muss darauf reagieren, dass in anderen Ländern ein deutlich größerer Anteil der Bevölkerung eine akademische Ausbildung absolviert. Es darf ebenso wenig ignoriert werden, dass deutsche Bildungsinstitutionen im internationalen Vergleich immer wieder schlecht abschneiden und der Zugang zu Bildung in extremer Weise von der sozialen Herkunft abhängt.

Das heißt, wir müssen die Integrationsfähigkeit unseres Bildungssystems verbessern und Brücken für Menschen aus bildungsfernen Schichten und mit Migrationshintergrund bauen. Das ist vorrangig das Problem unseres selektiven Schulsystems, aber es setzt sich in der Hochschule fort. Das Land ist gerade dabei, das Problem durch Studiengebühren zu verschärfen.

Wir können uns nicht vorstellen, dass Studiengebühren ein geeignetes Mittel sind, um auch jungen Menschen aus sozial schwächeren Familien einen Hochschulbesuch zu ermöglichen.

Dass eine Auswahl getroffen werden muss, ist richtig. Entscheidend sollte dabei aber die Fähigkeit des Bewerbers sein, nicht der eigene Geldbeutel oder der der Eltern. Niemand darf aus finanziellen Gründen vom Studium abgehalten werden.

gez.

Mitra Sharifi

Vorsitzende AGABY